

**Druckversion****Url:** [http://www.focus.de/politik/deutschland/schwarz-gruen-verbotene-liebe-in-berlin\\_aid\\_263585.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/schwarz-gruen-verbotene-liebe-in-berlin_aid_263585.html)

03.03.08, 00:00

[Drucken](#)**Archiv**

Aus FOCUS Nr. 10 (2008)

FOCUS Magazin &gt; Archiv &gt; 2008 &gt; Nr. 10 &gt; Deutschland

**SCHWARZ-GRÜN****Verbotene Liebe in Berlin**

**Die CDU nähert sich mit Lust der einst bekämpften Ökopartei an. Die neue Farbenlehre nach der Hamburg-Wahl soll eine Jamaika-Koalition im Bund ermöglichen und setzt die FDP unter Druck**

*Von den FOCUS-Korrespondentinnen Margarete van Ackeren und Nicola Brüning (Berlin) und FOCUS-Korrespondent Henning Krumrey*

Der Abend ist fortgeschritten, als sich der Neuling ans Klavier schwingt: Stephan Eisel heißt er, in seinem früheren Leben Vizebüroleiter bei Helmut Kohl und seit Kurzem selbst im Bundestag. Nach wenigen Minuten stehen nicht nur Parteifreunde um den CDU-Mann herum, sondern auch Kollegen von den Grünen, unter ihnen Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt. Ein gutes Dutzend Politiker swingt zu den Jazzklängen. Ort der schwarz-grünen Verbrüderung und Verschwesterung: das Lieblingsrestaurant des Öko-Linken Jürgen Trittin, das „Le Cochon Bourgeois“ in Berlin-Kreuzberg – zu Deutsch: „Das bürgerliche Schwein“.

Bürgerlich ist sie geworden, die Gruppe, die einst ironisch als „Pizza-Connection“ geschnäht wurde, sich zu Bonner Zeiten im legendären Keller des Italieners „Sassella“ traf und Kontakt zu den „Unberührbaren“ des anderen Lagers pflegte. „Die Pizza-Connection kann für sich beanspruchen, mit Pate gestanden zu haben für schwarz-grüne Normalität“, meint Hermann Gröhe (CDU), einer der Initiatoren.

Pizza wird Programm. Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) will mit dem Segen der Berliner Parteispitze ein schwarz-grünes Bündnis angehen. Zukunftsmodell oder politischer Masochismus? Es wäre eine Premiere auf Länderebene, ideal zur Überwindung alter Gräben. Die Grünen erwidern die politischen Frühlingsgefühle bislang jedoch nur zaghaft. Allerdings: Im 5-Parteien-System ist es für beide Seiten schiere Notwendigkeit, neue Partner zu finden. Zweierbündnisse bieten keine Mehrheitsgarantie mehr.

Ein Grund für die schwarze Euphorie: Die Pizza-Pioniere sind in führende Positionen aufgestiegen. Norbert Röttgen sitzt als Parlamentarischer Geschäftsführer im Bundestag, Armin Laschet ist Integrationsminister in NRW. Peter Altmaier dient als Staatssekretär im Innenministerium unter Pizza-Pate Wolfgang Schäuble, der in den 90er-Jahren als Fraktionschef die Jungen anfeuerte, die Ökos zu umgarnen.

Staatsministerin Hildegard Müller, die auch dem CDU-Präsidium angehört, kann sich „einen schwarz-grünen Testlauf auf Länderebene vorstellen, aber nicht um jeden Preis“. Der „Markenkern der Union“ dürfe nicht leiden. Allerdings: Was die Grünen zuletzt außen- und energiepolitisch beschlossen haben, hat nicht nur

Müller irritiert. Ein schwarz-grünes Experiment müsse „bereits im ersten Versuch gut funktionieren“, betont sie. Ansonsten würde die Sache „kontraproduktiv“. Auch Philipp Mißfelder, Chef der Jungen Union, ist optimistisch. „Gerade bei modernen Konservativen gibt es eine Präferenz für eine Zusammenarbeit mit den Grünen, weil niemand über 2009 hinaus die Zusammenarbeit mit der SPD will“, sagt er. Von Merkel hat er den Auftrag, den Kontakt zu Grünen-Abgeordneten seiner Altersklasse auszubauen. Selbst Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU, fordert: „Wenn es einen Feldversuch geben kann, ist nichts so gut geeignet wie Hamburg.“ Er will wissen, wie das funktionieren kann: „Stimmen Klima, Vertrauen, Verlässlichkeit? Wenn man darüber keine Erfahrungen hat, kann man auch nicht über Weiteres entscheiden.“

Weiteres, das wäre eine Dreierkoalition mit FDP und Grünen im Bund. „Niemand kann Jamaika für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl ausschließen“, sagt Koschyk. Selbst CSU-Vize Horst Seehofer erklärt, die Union müsse 2009 durch einen klaren Wahlkampf ihr Potenzial „voll ausschöpfen. Dann muss man sehen, was FDP und Grüne auf die Matte bringen.“ Inhaltliche Übereinstimmung sieht der Verbraucherminister allerdings nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. „Mathematik darf Politik nicht ersetzen.“ In einem Jamaika-Bündnis wäre die CSU zudem der kleinste Partner – „ein klarer Bedeutungsverlust“.

Und wie ist das mit dem brisanten Feld der Außenpolitik? Andreas Schockenhoff (CDU), Chefdiplomat der Bundestagsfraktion, betont: „Außen- und sicherheitspolitisch gibt es mit den Grünen durchaus Gemeinsamkeiten. Bei der Einforderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sind die Grünen näher bei uns als die SPD.“ In der Afghanistan-Frage gebe es zwar Meinungsunterschiede. Wie schnell sich eine Partei in Regierungsverantwortung ändern könne, habe sich aber nach 1998 gezeigt, als die Grünen dem Kosovo-Krieg zustimmten. „Das könnte beim nächsten Mal ähnlich sein“, meint Schockenhoff.

Laute skeptische Stimmen hört man nur noch aus der CSU. „Der soll das ruhig machen“, ruft CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer nach Hamburg. „Das ist ein lokales politisches Experiment, eine hanseatische Absonderlichkeit ohne jede Signalwirkung für den Bund.“ Dort sei eine schwarz-grüne Kooperation undenkbar. „Es hat etwas Unglaubliches, plötzlich so in Euphorie zu verfallen“, kritisiert er den CDU-Generalsekretär Pofalla und fügt ironisch hinzu: „Da könnte ich ja gleich eine kleine Schnittmenge mit der Linkspartei finden, bloß weil die Frau vom Lafontaine auch für ein hohes Betreuungsgeld ist.“

Doch die CDU-Führung hat auf Anbandeln umgeschaltet. Es gebe nur einen Unterschied zur Schwester, lästert ein CDU-Präside: „Die CSU glaubt nicht, dass sie die Grünen mal bräuchte. Aber auch die CSU ist im Ernstfall zu großer Flexibilität fähig.“ Die Zeiten, als sich die Verantwortlichen von Union und Grünen spinnefeind schienen, wirken da fast wie Erinnerungen an eine andere Zeitrechnung. Vor gut zwölf Jahren raunzte Joschka Fischer Helmut Kohl im Bundestag an, er sei nur noch „drei Zentner Fleisch gewordene Vergangenheit“. Inzwischen hat sich der Öko-Matador in jeder Hinsicht dem Widersacher angenähert.

Eisel, der Kohl einst kernige Reden schrieb, sieht die Grünen nicht als natürlichen Partner im Lager der SPD. „Viele Grüne schämen sich doch längst dafür, dass sie jemanden zum Kanzler gewählt haben, der Putin als ‚lupenreinen Demokraten‘ bezeichnet hat und das Waffenembargo der EU gegen China aufheben wollte.“ Für ihn ist Schwarz-Grün keineswegs nur eine hanseatische Perspektive. „Die Herausforderung, aufeinander zuzugehen, stellt sich für Grüne und Union auch im Bund.“ Hamburg – das Tor zum Bund?

Auf die schwarze Option möchte auch die grüne Spitzenpolitikerin Christine Scheel nicht verzichten. „Ich persönlich fände Schwarz-Grün gut. Bei uns finden

viele eine Annäherung an die CDU spannend", betont die Pizza-Partnerin. „So kommen wir aus der Umklammerung der SPD heraus und können zu einem entscheidenden Faktor werden.“ Allerdings müsse sich viel Grünes in einem Koalitionsvertrag wiederfinden. „Macht um jeden Preis, das darf nicht sein.“ Erfüllungsgehilfin der Sozis will sie freilich auch nicht sein. „Es gibt nicht wenige bei uns, die überzeugt sind, dass man sich auf die CDU besser verlassen kann als auf die SPD. Da wirken die rot-grünen Regierungsjahre einfach nach.“

Doch es könnte sich bitter rächen, dass Polit-Zirkel und Medien das Thema zwar seit Jahren erörtern, die Führungen beider Parteien aber ihre Basis nicht darauf vorbereitet haben. Vor allem auf dem Land und im Süden sind die Vorbehalte bei Unions-Wählern immens. „Hier pflegen viele noch die alten Feindbilder der 80er-Jahre“, meldet ein CDU-Strateg.

Im Internet-Forum der CDU tobt ein Meinungsstreit. Da gibt es übelste Beschimpfungen der „Partei gewordenen Inkarnation der Alt-68er und RAF-Sympathisanten mit ihren absurd Multikulti-Vorstellungen“. Ein „Claus“ klagt, es sei „ein Trauerspiel, dass die Merkel-CDU jetzt offensichtlich auf die roten Grünen angewiesen ist“. „Medardus“ hingegen gibt wohlwollend zu bedenken, die Grünen seien inzwischen „sehr gelb durchwirkt“.

Jenseits der virtuellen Welt, im gediegenen Berlin-Charlottenburg, wirkt die CDU-Basis hingegen schon ideologisch gelockert. Wolfgang Hummel warnt zwar vor einem „tiefroten Kern“ bei vielen Grünen. Doch die übrige Truppe gibt sich offen. „Wenn alles festgefahren ist, sind neue Wege gar nicht schlecht“, meint Regina Hensel. Der Chef des Ortsverbandes Grunewald-Halensee, Michael Voglsamer, 65, befindet zum Thema Schwarz-Grün schlicht: „Es gibt Schlimmeres.“

Ähnlich zwiespältig reagieren die Grünen. „Die Basis will Schwarz-Grün nicht“, weiß Robert Zion. Und wenn Zion das sagt, sollte die grüne Parteiführung aufhorchen. Denn schon beim Afghanistan-Parteitag in Göttingen hat der berühmteste Kreisschreiführer der Grünen der gesamten Führungsclique gezeigt, wie die Basis wirklich tickt. Eine Öffnung zur Union sei „lebensgefährlich“, warnt Zion. Derzeit lägen die Grünen in NRW bei rund sechs Prozent. „Wenn wir hier ähnliche Verluste einfahren wie in Hessen und Hamburg, steht unsere Existenz auf dem Spiel.“ Er könne sich nicht vorstellen, dass die NRW-Grünen – immerhin größter Landesverband – einer schwarz-grünen Annäherung zustimmen. „Ich rechne damit, dass aus NRW bald die klare Ansage nach Berlin kommen wird, alle Spekulationen über Schwarz-Grün und Jamaika einzustellen“, kündigt Zion an. „Die Grünen müssen mit einer klaren Koalitionsaussage in den Bundestagswahlkampf 2009 gehen“, so Zion. „Und diese Ansage muss heißen: Rot-Grün plus ...“

Aber es gibt auch positive Basiserfahrungen: In der Stadt Kiel regiert seit 2003 eine schwarz-grüne Koalition ziemlich geräuschlos. Fortschritte gebe es bei Haushaltssanierung, Klimaschutz und in der Kinderpolitik, berichtet der grüne Landesvorständler und langjährige Kieler Kreisvorsitzende Markus Stiegler. „Es gibt ein gutes persönliches Verhältnis der Akteure von Grünen und CDU bei bestehenden inhaltlichen Differenzen.“

Ein überzeugtes Sowohl-als-auch liefert Kai Gehring, jugendpolitischer Sprecher bei den Grünen im Bundestag: „Wenn die SPD sich nicht berappelt, wird es in der nächsten Zeit für Rot-Grün nicht mehr reichen. Dann müssen wir offen über Schwarz-Grün diskutieren. Allerdings sind die Schwarzen unserer Basis so sympathisch wie Atomkraftwerke.“

In Berlin trat Parteichefin Angela Merkel am Tag nach der Wahl erst einmal hart auf die Bremse, um die CDU nicht zu billig zu machen. Es sei „nun nicht so, dass die ganze CDU auf Grün fliegt“, stellte sie säuerlich fest. Schließlich will von Beust auch mit der SPD über ein Bündnis reden. Und natürlich hatte Merkel

mitbekommen, dass sich FDP-Chef Guido Westerwelle als verschmähter Liebhaber gerierte und schimpfte, Merkel habe von vornherein ein Bündnis mit den Grünen gewollt.

Wohin einseitige Bindung führen kann, besichtigen die Grünen gerade in Hessen: bei sich selbst, vor allem aber bei der FDP. Die hat sich unter Westerwelles Führung ganz an die Seite der Union begeben. Zwar stimmt dessen Analyse, dass es die größten thematischen Überschneidungen mit dem bürgerlichen Partner gibt. Doch es fehlt die These, die einst sein Rivale Jürgen Möllemann vertrat: „Jede Regierung mit FDP ist besser als jede Regierung ohne FDP.“

Jetzt sehen sich die Liberalen gezwungen, auf Lockerung umzuschalten. „Es wird schwer, unseren Leuten zu erklären, dass die mit jedem regieren können und wir nur mit einem“, schimpft Generalsekretär Dirk Niebel. Schließlich gebe es „einige Parlamente in Deutschland, in denen auch andere Mehrheiten rechnerisch möglich sind“. Allerdings will die FDP weiterhin Koalitionsaussagen nach inhaltlicher Übereinstimmung festlegen.

Doch aus Schwarz-Grün in Hamburg leiten auch die Liberalen Hoffnung ab. „Dann muss doch auch Jamaika in Hessen möglich sein“, fordert Niebel. „Wenn die CDU gestalten will, muss sie den Grünen am Ende von Verhandlungen auch personelle Zugeständnisse machen.“ Das kann eigentlich nur heißen: Kochs Kopf. Niebels Begründung: „Die Union hat mit ihrem Wahlkampf in Hessen schließlich die schwarz-gelbe Mehrheit vermasselt.“

„Dass die ganze CDU nun auf die Grünen fliegt, das kann ich weder bei Ole von Beust feststellen noch bei sonst wem in der CDU“ Angela Merkel, Bundeskanzlerin (CDU)

„Klar ist: Rot-Grün ist nicht mehr unsere einzige Option, und das Land darf nicht überall in große Koalitionen gezwungen werden“ Renate Künast, Fraktionschefin Bündnis 90/Die Grünen

„Sie sind Geschichte, im guten und im schlechten Sinne, das haben Sie immer gewollt. Aber in Zukunft werden Sie nicht mehr sein – drei Zentner Fleisch gewordene Vergangenheit“ Joschka Fischer, 1995 zu Bundeskanzler Helmut Kohl

## **SCHWARZ-GRÜNE RECHENSPIELE**

Mögliche Mehrheiten mit Schwarz und Grün in den Landesparlamenten

In vier Landtagen könnten CDU und Grüne die Regierung bilden. In weiteren vier Ländern hätte eine Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP die Mehrheit.

## **UNION UND GRÜNE – PASST DAS?**

Ob mit Schwarz-Grün bald zusammenwächst, was zusammengehört, muss sich zeigen. In Schlüsselfeldern wie Wirtschaft und Finanzen ticken beide zwar ähnlich, doch es gibt auch sehr große Hürden.

## **UNION UND GRÜNE – PASST DAS?**

	<b>CDU</b>	<b>BÜNDIS 90 DIE GRÜNEN</b>	
Wirtschaft	Sowohl die Grünen als auch die Union setzen bei Wachstum und Beschäftigung vor allem auf den	Sowohl die Grünen als auch die Union setzen bei Wachstum und Beschäftigung vor allem auf den	+

	Mittelstand.	Mittelstand.	
Finanzen	Beide Parteien halten solide Staatsfinanzen für zentral. Doch gelang beidender Abschied vom Schuldenstaat nur begrenzt.	Beide Parteien halten solide Staatsfinanzen für zentral. Doch gelang beidender Abschied vom Schuldenstaat nur begrenzt.	+
Außenpolitik	Die Union bewegt sich außenpolitisch weitgehend auf denselben Spuren wie Joschka Fischer. Allerdings hat sich die Basis der Grünen inzwischen zum Teil von diesem Kurs distanziert.	Die Union bewegt sich außenpolitisch weitgehend auf denselben Spuren wie Joschka Fischer. Allerdings hat sich die Basis der Grünen inzwischen zum Teil von diesem Kurs distanziert.	?
Soziales	Grüne und Union sind sich in der großen Linie einig, vertreten den Grundsatz „Fordern und Fördern“; im Detail wird es haarig.	Grüne und Union sind sich in der großen Linie einig, vertreten den Grundsatz „Fordern und Fördern“; im Detail wird es haarig.	?
Innere Sicherheit	Innenminister Wolfgang Schäuble treibt die Verschärfung des Anti-Terror-Kampfes voran.	Aus Sicht der Grünen schießen Schäuble und die Union weit über das Ziel hinaus.	-
Energie/Kernkraft	Die CDU hält Kernkraft „auf absehbare Zeit“ für unverzichtbar.	Für die Grünen ist das Ende der	- Atomenergie unumkehrbar – ein Schlüsselthema ihrer Politik.
Umwelt	Auch wenn sich die Grünen um Distanz bemühen: Angela Merkels Kraftakt in der Umwelt- und Klimapolitik kommt den Vorstellungen der Ökopartei ziemlich nahe.	Auch wenn sich die Grünen um Distanz bemühen: Angela Merkels Kraftakt in der Umwelt- und Klimapolitik kommt den Vorstellungen der Ökopartei ziemlich nahe.	+
Familie	Neue Betreuungsangebote für die Jüngsten begrüßen beide. Das Betreuungsgeld für daheim erziehende Eltern, das vor allem die CSU einfordert, lehnen die Grünen ab.	Neue Betreuungsangebote für die Jüngsten begrüßen beide. Das Betreuungsgeld für daheim erziehende Eltern, das vor allem die CSU einfordert, lehnen die Grünen ab.	?
Europa/Türkei	CDU und CSU lehnen den EU-Beitritt der Türkei ab, wollen nur eine privilegierte Partnerschaft.	Die Grünen setzen sich vehement für die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ein.	-
Ethikfragen/Kirche	In ethischen Fragen wie der Begrenzung der Forschung mit embryonalen Stammzellen ähneln sich die Standpunkte von	In ethischen Fragen wie der Begrenzung der Forschung mit embryonalen Stammzellen ähneln sich die Standpunkte von	+

	CDU und Grünen – jedenfalls wenn es um die Mehrheitsmeinung der Parteien geht.	CDU und Grünen – jedenfalls wenn es um die Mehrheitsmeinung der Parteien geht.
Bildung	Die Union ist für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems und für Studiengebühren.	Linie der Grünen: längere gemeinsame Schulzeit, Abschied vom klassischen Gymnasium, gratis studieren
Recht	Sicherheitsfragen haben Vorrang vor Datenschutz. Homo-Paare sind nicht Eheleuten gleichzustellen.	Datenschutz hat für Grüne hohe Priorität. Sie wollen volle Gleichberechtigung eingetragener Homo-Paare.

[Drucken](#)

---

Foto: FOCUS Magazin Verlag

Copyright © 2008 by [FOCUS Online GmbH](#)